

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2005 — 734

[C — 2005/33017]

**20. DEZEMBER 2004 — Dekret zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht
über die Gemeinden des Deutschen Sprachgebiets (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Anwendungsbereich

Artikel 1 - Das vorliegende Dekret regelt die gewöhnliche Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden, die Polizeizonen, die autonomen Gemeinderegien, die Kirchenfabriken und die mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragten Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets.

Insofern der Beschluss einer Behörde einer Polizeizone in Anwendung des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes einer spezifischen Aufsicht unterworfen ist, kann gegen diesen Beschluss keine Aufsichtsmaßnahme ergriffen werden aufgrund der Verletzung einer Bestimmung, die durch oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen wurde.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Im Sinne des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. untergeordnete Behörden: der Gemeinderat, das Bürgermeister- und Schöffenkollegium, der Bürgermeister, der Polizeirat, das Polizeikollegium, der Kirchenrat, der Ausschuss der Kirchenpfleger, die repräsentativen Gremien der mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragten Einrichtungen sowie der Verwaltungsrat der autonomen Gemeinderegien;
3. Belege: alle Schriftstücke oder Anlagen, durch die ein Beschluss belegt werden kann;
4. Annullierung: Rechtshandlung, durch die die Aufsichtsbehörde einen Beschluss der untergeordneten Behörde zunichte macht, weil dieser Beschluss gegen das Gesetz verstößt oder das Gemeinwohl schädigt;
5. Billigung: Rechtshandlung, durch die die Aufsichtsbehörde erklärt, dass ein Beschluss der untergeordneten Behörde Wirkung haben kann, weil er weder gegen das Gesetz verstößt noch das Gemeinwohl schädigt.
6. Aussetzung: Rechtshandlung, durch die die Aufsichtsbehörde sich gegen die Ausführung eines Beschlusses einer untergeordneten Behörde widersetzt, weil er gegen das Gesetz verstoßen oder das Gemeinwohl schädigen könnte.

Berechnung der Fristen

Art. 3 - § 1 - Der Tag an dem eine Frist abläuft, wird in der Frist mit eingerechnet. Fällt dieser Tag jedoch auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag, wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt.

Als Feiertage im Sinne des vorliegenden Dekrets gelten: Der Neujahrstag, Altweiberdonnerstag, Rosenmontag, Ostermontag, der erste Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, der 21. Juli, der 15. August, der 1., 2., 11. und 15. November, der 25. und 26. Dezember sowie die per Dekret oder Erlass der Regierung festgelegten Tage.

Die Fristen werden in Kalendertagen berechnet.

§ 2 - Die in Artikel 9 Absatz 3 erwähnte Frist beginnt nach dem Tag, an dem die Regierung die Rechtfertigung erhalten hat. Dieses Datum ist dem Absender in einer Empfangsbestätigung mitzuteilen. Hat der Absender binnen 10 Tagen nach der Übermittlung keine Empfangsbestätigung erhalten, läuft die Frist ab Übermittlungsdatum.

§ 3 - Die in Artikel 10 § 1 erwähnte Frist beginnt nach dem Tag, an dem die Regierung die effektive Tagesordnung erhalten hat. Dieses Datum ist dem Absender in einer Empfangsbestätigung mitzuteilen. Hat der Absender binnen 10 Tagen nach der Übermittlung keine Empfangsbestätigung erhalten, läuft die Frist ab Übermittlungsdatum.

§ 4 - Die in den Artikeln 10, § 2 und 13, § 3 erwähnte Frist beginnt nach dem Tag, an dem die Regierung die vollständige Akte erhalten hat. Dieses Datum ist dem Absender in einer Empfangsbestätigung mitzuteilen. Hat der Absender binnen 10 Tagen nach Versand der Akte weder eine Empfangsbestätigung noch eine Aufforderung erhalten, fehlende Belege einzureichen, gilt die Akte als vollständig und die Frist läuft ab Datum des Poststempels.

Notifizierungen

Art. 4 - Jeder Beschluss der Regierung wird der betreffenden Behörde und gegebenenfalls der betreffenden Person zugestellt. Bei Strafe der Nichtigkeit erfolgt diese Zustellung spätestens am Tag, an dem die Frist abläuft.

Begründung und Veröffentlichung

Art. 5 - Jeder Beschluss der Regierung ist formell zu begründen.

Die Beschlüsse der Regierung werden auszugsweise im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht.

KAPITEL II — Die Aufsicht

Abschnitt 1 — Die allgemeine Aufsicht

Anwendungsbereich

Art. 6 - Mit Ausnahme der in Artikel 12 erwähnten Beschlüsse unterliegen alle Beschlüsse der untergeordneten Behörden der allgemeinen Aufsicht.

Tagesordnung

Art. 7 - Die jeweilige Behörde übermittelt der Regierung innerhalb von zehn Tagen nach der Beschlussfassung die effektive Tagesordnung mit den getroffenen Beschlüssen des Gemeinderates, des Polizeirates, und des Verwaltungsrates der autonomen Gemeinderegien.

Vollständige Beschlüsse

Art. 8 - Unbeschadet der Anwendung von Artikel 7 und Kapitel III übermittelt die jeweilige Behörde der Regierung innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Beschlussfassung eine Kopie folgender Beschlüsse mit den dazugehörigen Belegen:

1. die Beschlüsse des Gemeinderates in Bezug auf Gemeindesteuern und -gebühren;
2. die Beschlüsse des Gemeinderates zur Festlegung der Gemeindedotation für die Polizeizone;
3. die Beschlüsse des Gemeinderates und des Polizeirates zur Aufnahme von Anleihen;
4. die Beschlüsse des Gemeinderates und des Polizeirates zur Neuverteilung der finanziellen Lasten der gezeichneten Anleihen;
5. die Beschlüsse des Gemeinderates, des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums, des Polizeirates und des Polizeikollegiums über Ausgaben wegen dringender und unvorhergesehener Umstände.

Beschlüsse, die nicht in Anwendung von Absatz 1 zuzustellen sind, können der Regierung jederzeit mit den dazugehörigen Belegen übermittelt werden.

Aussetzung und Annullierung

Art. 9 - Die Regierung kann jeden Beschluss einer untergeordneten Behörde, der gegen das Gesetz verstößt oder das Gemeinwohl schädigt, aussetzen oder ganz oder teilweise annullieren.

Die betroffene Behörde kann einen ausgesetzten Beschluss zurückziehen oder rechtfertigen. Sie teilt der Regierung den Rückzug oder diese Rechtfertigung unter Strafe der Nichtigkeit des ausgesetzten Beschlusses innerhalb von vierzig Tagen nach dem Versanddatum des Aussetzungserlasses mit.

Die Regierung kann innerhalb von vierzig Tagen nach Erhalt der Rechtfertigung einen ausgesetzten Beschluss annullieren. In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses verfällt die Aussetzung.

Fristen

Art. 10 - § 1 - In Ermanglung eines Beschlusses der Regierung innerhalb einer Frist von vierzig Tagen nach Erhalt der in Artikel 7 erwähnten effektiven Tagesordnung kann diese die aufgeführten Beschlüsse nicht mehr aussetzen oder annullieren.

Diese Frist wird durch den Versand eines Einschreibebriefes unterbrochen, in dem die Regierung eine bestimmte Akte anfordert.

§ 2 - In Ermanglung eines Beschlusses der Regierung innerhalb einer Frist von vierzig Tagen nach Erhalt der vollständigen Akte, kann diese einen Beschluss nicht mehr aussetzen oder annullieren.

Beschwerden

Art. 11 - Wenn binnen vierzig Tagen ab Beschlussfassung bei der Regierung eine Beschwerde gegen einen Beschluss einer untergeordneten Behörde eingelegt wird, fordert die Regierung die betroffene Akte oder zusätzliche Informationen an. Sie informiert den Urheber der Beschwerde sowie die betroffene Behörde unverzüglich durch einfaches Schreiben über den Empfang der Beschwerde. Des weiteren teilt die Regierung mit, ob der beanstandete Beschluss ausgesetzt beziehungsweise annulliert wurde oder nicht, und begründet diesen Entschluss.

Betrifft die Beschwerde einen Beschluss, der der Regierung nicht aufgrund der Artikel 7, 8 oder 12 mitgeteilt oder zugestellt wurde, läuft die in Absatz 1 erwähnte Frist von vierzig Tagen ab dem Datum, an dem der Beschwerdeführer Kenntnis von dem Beschluss hatte oder an dem dieser ihm zur Kenntnis gebracht wurde.

Beschwerden sind nur zulässig, wenn sie von natürlichen oder juristischen Personen eingereicht werden, die ein berechtigtes Interesse an dem beanstandeten Beschluss nachweisen können.

Abschnitt 2 — Die besondere Aufsicht

Anwendungsbereich

Art. 12 - Unbeschadet der Anwendung von Kapitel III unterliegen die Beschlüsse der untergeordneten Behörden, die sich auf die nachfolgenden Bereiche beziehen, der Billigung der Regierung:

1. der Haushaltsplan der Gemeinde, der Gemeinderegien und der Polizeizonen, die Haushaltsplanänderungen und die Übertragungen von Haushaltsmitteln für Ausgaben;
2. der Stellenplan und das Verwaltungs- und Besoldungsstatut der Bediensteten der Gemeinde und des operationellen Personals sowie des Verwaltungspersonals und des logistischen Personals der Polizeizonen;
3. die Rechnungen der Gemeinden, der Gemeinderegien und der Polizeizonen;

4. die Bildung einer Gemeinderegie, die Gründung von autonomen Gemeinderegien und die Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf eine Vereinigung oder eine Gesellschaft öffentlichen oder privaten Rechts;

5. die Beteiligung an einer Vereinigung oder einer Gesellschaft öffentlichen oder privaten Rechts, bei der Kosten zu Lasten des Gemeindehaushalts entstehen.

Verfahren

Art. 13 - § 1 - Die in Artikel 12 angeführten Beschlüsse werden der Regierung innerhalb von fünfzehn Tagen ab dem Tag ihrer Verabschiedung gemeinsam mit ihren Belegen übermittelt.

§ 2 - Die Regierung kann die Beschlüsse, die zur Billigung vorgelegt werden, ganz oder teilweise billigen oder die Billigung verweigern.

Für die in Artikel 12 Nr. 1 angeführten Beschlüsse kann sie Einnahmen veranschlagen und Auslagenposten vorsehen; sie kann diese verringern, erhöhen, streichen oder materielle Fehler korrigieren.

§ 3 - Die Regierung trifft ihren Beschluss innerhalb von vierzig Tagen nach Zustellung der vollständigen Akte. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um dieselbe Dauer verlängern.

In Ermangelung eines fristgerechten Beschlusses gilt die Billigung als erteilt.

Abschnitt 3 — Die Zwangsaufsicht

Entsendung eines Sonderkommissars

Art. 14 - Die Regierung kann einen Sonderkommissar bezeichnen, wenn:

— die Gemeinde, die autonome Gemeinderegie, die Kirchenfabrik oder die mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragte Einrichtung es versäumt, die verlangten Auskünfte oder Angaben zu erteilen oder die Maßnahmen durchzuführen, die durch die Gesetze, Dekrete, Erlasse, Verordnungen, Satzungen oder durch einen rechtskräftigen gerichtlichen Beschluss vorgeschrieben sind;

— die Polizeizone es versäumt, die verlangten Auskünfte oder Angaben zu erteilen oder die Maßnahmen durchzuführen, die – abgesehen vom Gesetz vom 7. Dezember 1998 über den auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienst und seiner Ausführungserlasse – durch die Gesetze, Dekrete, Erlasse, Verordnungen oder Satzungen, vorgeschrieben sind.

Der Sonderkommissar ist anstelle der säumigen Behörde dazu befugt, alle notwendigen Maßnahmen im Rahmen des Mandats zu treffen, das ihm per Ernennungserlass erteilt worden ist.

Anmahnung

Art. 15 - Bevor die Regierung einen Sonderkommissar entsendet, muss sie:

1. der betreffenden Behörde per Einschreiben eine begründete Anmahnung übermitteln, in der erläutert wird, was von ihr verlangt wird oder welche Maßnahmen sie zu treffen versäumt hat;

2. dieser Behörde in derselben Anmahnung eine bestimmte und angemessene Frist geben, um der an sie gerichteten Aufforderung nachzukommen, ihr Verhalten zu rechtfertigen, ihren Standpunkt zu bestätigen oder die vorgeschriebenen Maßnahmen zu treffen.

Kosten

Art. 16 - Die Kosten, Honorare und Gehälter für die Durchführung seines Auftrags gehen zu Lasten der Personen, die bei der Ausübung ihres Amtes oder ihres Mandats versagt haben.

Diese Kosten werden bei den Einkommenssteuern von den Einnehmern der direkten Steuern aufgrund des Vollstreckungsbefehls der Aufsichtsbehörde zurückgefordert.

KAPITEL III — *Besondere Bestimmungen*

Abschnitt 1 — Kirchenfabriken

Abänderung des Kaiserlichen Dekretes vom 30. Dezember 1809 über die Kirchenfabriken

Art. 17 - Das kaiserliche Dekret vom 30. Dezember 1809 über die Kirchenfabriken, so wie es abgeändert wurde, wird wie folgt abgeändert:

— in den Artikeln 6, 10, 43, 63, 77, 94, 95, 98, 100, 101, 108 und 109 werden die Wörter «Präfekt», «Gouverneur» oder «Rat der Präfektur» durch das Wort «Regierung» ersetzt;

— in Artikel 100 wird die Wortfolge «Unsere Minister des Inneren und der Kulte» durch die Wortfolge «die Regierung» ersetzt;

— in Artikel 107 wird die Wortfolge «dem Präfekt der Provinz, in welcher sich der bischöfliche Sitz befindet» durch die Wortfolge «der Regierung» ersetzt;

— in Artikel 109 wird Absatz 2 aufgehoben;

— in Artikel 110 werden die Wortfolgen «unser Minister des Inneren» und «die Präfekte» jeweils durch die Wortfolge «die Regierung» ersetzt sowie die Wortfolge «vom Generalrat der Provinz» ersetzt durch die Wortfolge «vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft».

Artikel 97 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 97 - Wenn der Bischof sich gegen die Ansicht des Gemeinderates ausspricht, so kann sich letzterer an die Regierung wenden, damit diese eine Entscheidung trifft.»

Die in den Artikeln 36, 59, 62, 71, 72 und 73 desselben Dekretes vorgesehenen Genehmigungen des Königs oder des Kultusministers werden von der Regierung erteilt.

Königlicher Erlass vom 12. März 1849 über die Reorganisation und teilweise Erneuerung der Kirchenfabriken

Art. 18 - In den Artikeln 4 und 5 des Königlichen Erlasses vom 12. März 1849 über die Reorganisation und teilweise Erneuerung der Kirchenfabriken wird das Wort «Gouverneur» durch das Wort «Regierung» ersetzt.

Haushaltsplan

Art. 19 - § 1 - Die Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 4. März 1870 über die weltlichen Güter der Kulte werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«Artikel 2 - Das Bürgermeister- und Schöffenkollegium übermittelt der Regierung den Haushaltsplan der Kirchenfabriken mit allen dazugehörigen Belegen und dem Gutachten des Gemeinderates vor dem 20. Oktober des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht.

Artikel 3 - Die Regierung übermittelt dem Bischof den Haushaltsplan der Kirchenfabriken mit allen Belegen vor dem 5. November des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht.

Der Bischof beschließt endgültig über die Ausgaben in Bezug auf die Ausübung des Kultes und billigt den Haushaltsplan, den er der Regierung vor dem 25. November des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, zurücksendet.

Der Haushaltsplan unterliegt dann der Billigung der Regierung, die die Ausgabenartikel in Bezug auf die Ausübung des Kultes nicht abändern darf; die Regierung entscheidet vor dem 15. Dezember des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht.

Drei den Beschluss der Regierung enthaltende Ausfertigungen werden unverzüglich zurückgesandt, und zwar eine an den Bischof und je eine an die interessierten Gemeinde- und Fabrikverwaltungen. Eine vierte Ausfertigung wird in den Archiven der Regierung aufbewahrt.»

§ 2 - Artikel 4 desselben Gesetzes wird aufgehoben.

Rechnungen

Art. 20 - § 1 - Die Artikel 7 und 8 desselben Gesetzes werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«Artikel 7 - Das Bürgermeister- und Schöffenkollegium übermittelt der Regierung die Rechnungen der Kirchenfabrik mit allen Belegen und dem Gutachten des Gemeinderates vor dem 15. Mai des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt.

Die Regierung übermittelt dem Bischof unverzüglich diese Rechnungen mit allen Belegen.

Der Bischof schließt endgültig die im Rahmen des Haushalts getätigten Ausgaben in Bezug auf die Ausübung des Kultes ab, billigt den Überschuss und sendet der Regierung die vollständige Akte vor dem 10. Juni des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, zurück.

Die Rechnungen unterliegen dann der Billigung der Regierung, die vor dem 1. Juli des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, entscheidet.

Drei den Beschluss der Regierung enthaltende Ausfertigungen werden unverzüglich zurückgesandt, und zwar eine an den Bischof und je eine an die interessierten Gemeinde- und Fabrikverwaltungen. Eine vierte Ausfertigung wird in den Archiven der Regierung aufbewahrt.»

§ 2 - Artikel 9 desselben Gesetzes wird aufgehoben.

§ 3 - In Artikel 11 und Artikel 12, Absätze 1 und 3 desselben Gesetzes wird die Wortfolge «Ständiger Ausschuss» ersetzt durch das Wort «Regierung».

Artikel 12 Absatz 2 desselben Gesetzes wird aufgehoben.

Gemeinsame Bestimmungen in Bezug auf den Haushaltsplan und die Rechnungen

Art. 21 - In Artikel 15 desselben Gesetzes werden die Wörter «Ständiger Ausschuss» und «Gouverneur» durch die Wortfolge «Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft» ersetzt.

Absatz 4 desselben Artikels wird aufgehoben.

Aufsicht

Art. 22 - § 1 - Artikel 15*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 15*bis* - Die allgemeine Aufsicht über die Kirchenfabriken und die Zwangsaufsicht über die Mitglieder der Kirchenfabriken werden von der Regierung gemäß den Bestimmungen des Dekretes vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes ausgeübt.»

§ 2 - Artikel 15*ter* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999, wird aufgehoben.

§ 3 - In Artikel 15*quater* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 20. Juli 2000, werden die Wörter «Provinzgouverneur» und «König» durch «Regierung» ersetzt.

§ 4 - Artikel 15*quinqies* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999, wird aufgehoben.

Abschnitt 2 — Kathedral-Kirchenfabriken

Haushaltsplan und Rechnungen

Art. 23 - Artikel 17 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 17 - Der Haushaltsplan und die Rechnungen dieser Fabriken werden der Regierung zur Billigung vorgelegt. In dem in Artikel 15 vorgesehenen Fall erfolgt die Aufforderung an die Fabrik durch die Regierung. Die Regierung bestätigt die Aberkennung durch einen Beschluss, der der Fabrik und dem Bischof zugestellt wird.»

Aufsicht

Art. 24 - § 1 - Artikel 17bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 17bis - Die allgemeine Aufsicht über die Cathedral-Kirchenfabriken und die Zwangsaufsicht über die Mitglieder der Cathedral-Kirchenfabriken werden von der Regierung gemäß den Bestimmungen des Dekretes vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ausgeübt.»

§ 2 - Artikel 17ter desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999, wird aufgehoben.

§ 3 - In Artikel 17quater desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 20. Juli 2000, werden die Wörter «Justizminister» und «König» durch «Regierung» ersetzt.

§ 4 - Artikel 17quinquies desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999, wird aufgehoben.

Abschnitt 3 — Mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anderen anerkannten Kulte beauftragte Einrichtungen

Aufsicht

Art. 25 - In Artikel 19bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. März 1999 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 20. Juli 2000, werden die Absätze 3 bis 6 durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«Die Aufsicht über diese Einrichtungen wird von der Regierung gemäß den Bestimmungen des Dekretes vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ausgeübt.

Jedoch unterliegt die Schaffung einer Verwaltungseinrichtung sowie die Annahme von Schenkungen, die ihnen übertragen werden, der Billigung der Regierung.

Zu diesem Zweck werden die Anträge auf Schaffung einer Verwaltungseinrichtung vom repräsentativen Gremium des Kultes an die Regierung übermittelt. Die Beschlüsse über die zivilrechtlichen Geschäfte und die Annahme von Schenkungen werden der Regierung übermittelt.

Die Annahme von Schenkungen, deren Wert 10.000 EUR nicht übersteigt, und die zivilrechtlichen Geschäfte unterliegen jedoch der allgemeinen Aufsicht. Die Liste dieser Beschlüsse wird der Regierung nach Ablauf eines jeden Trimesters übermittelt.

Die Regierung kann den im vorigen Absatz erwähnten Betrag indexieren.»

Abschnitt 4 — Bestattungen und Grabstätten

Aufsicht

Art. 26 - In den Artikeln 2 und 5 §2 des Gesetzes vom 20. Juli 1971 über Bestattungen und Grabstätten, abgeändert durch das Gesetz vom 20. September 1998, im Artikel 18 sowie im Artikel 19, abgeändert durch das Gesetz vom 20. September 1998 wird die Wortfolge «der Provinzgouverneur» durch die Wortfolge «die Regierung» ersetzt.

In den Artikeln 2, 7 und 12 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 20. September 1998, in Artikel 15bis, eingefügt durch das Gesetz vom 28. Dezember 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 20. September 1998, in Artikel 24, ersetzt durch das Gesetz vom 8. Februar 2001, sowie in Artikel 28 wird die Wortfolge «der König» durch die Wortfolge «die Regierung» ersetzt.

In Artikel 16 §3 desselben Gesetzes werden die Wortfolgen «vom für die öffentliche Gesundheit zuständigen Minister» und «der Minister» jeweils durch die Wortfolgen «von der Regierung» und «die Regierung» ersetzt.

KAPITEL IV — Schlussbestimmungen

Form der Unterlagen

Art. 27 - Die Regierung kann die Informationsträger und die Form bestimmen, in der die in vorliegendem Dekret erwähnten Unterlagen einzureichen sind.

Jahresbericht

Art. 28 - Die Regierung übermittelt dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Jahresbericht über die Ausübung der Aufsicht. Dies erfolgt spätestens am 31. März des darauf folgenden Jahres, auf das sich der Bericht bezieht.

Der Jahresbericht umfasst einen statistischen Überblick über die Aufsicht sowie eine Erläuterung der im Laufe des Jahres aufgetretenen Rechtsprechung.

Abänderungs- und Aufhebungsbestimmungen

Art. 29 - § 1 - In Artikel 243 Absatz 1 des neuen Gemeindegesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 20. Juli 2000, wird die Wortfolge «der Begutachtung durch den Gemeinderat und den ständigen Ausschuss des Provinzialrates sowie der Genehmigung durch den König, wenn der Wert 2.500 EUR übersteigt» durch die Wortfolge «der Genehmigung des Gemeinderates» ersetzt.

In den Artikeln 256 §1 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 30. Mai 1989, und in Artikel 276 Absatz 2 wird die Wortfolge «der ständige Ausschuss des Provinzialrates» durch die Wortfolge «die Regierung» ersetzt.

§ 2 - Die Artikel 12 § 2, 24, 28 § 2, 40, 47 § 2, 65 §2, 68 § 2, 134 § 2, 146, 147 § 2, 153 § 2 und 3, 155 § 2, 231 §§ 2 und 3, 235, 237, 240 § 2, 241 § 2, 243 Absätze 2-5, 244, 246, 248 § 3, 249 § 2, 251, 256 § 2, 257, 258 §§ 2 und 3, 261 § 2, 264, 265, 266, 271 § 2, und 287 § 2 des neuen Gemeindegesetzes sind, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

Übergangsbestimmung

Art. 30 - Die Beschlüsse der untergeordneten Behörden, die vor dem In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekrets verabschiedet wurden, unterliegen weiterhin den vorher geltenden Bestimmungen. Jedoch werden ab dem 1. Januar 2005 alle Befugnisse der Provinz- und Regionalbehörden von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeübt.

In-Kraft-Treten

Art. 31 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 20. Dezember 2004

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES,

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

O. PAASCH,

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

Frau I. WEYKMANS,

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Note

(1) *Sitzungsperiode 2004-2005*

Dokumente des Parlamentes – Dekretentwurf, 18 (2004-2005), Nr. 1 – Abänderungsvorschläge, 18 (2004-2005), Nr. 2 + 3 – Bericht, 18 (2004-2005) Nr. 4

Ausführlicher Bericht — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 20. Dezember 2004

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2005 — 734

[C – 2005/33017]

20 DECEMBRE 2004. — Décret organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Champ d'application

Article 1^{er}. Le présent décret organise la tutelle administrative ordinaire sur les communes, les zones de police, les régies communales autonomes, les fabriques d'églises ainsi que les organismes chargés de la gestion du temporel des cultes reconnus de la Région de langue allemande.

Dans la mesure où la décision d'une autorité d'une zone de police est soumise à une tutelle spécifique en application de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux, aucune mesure de tutelle ne peut être prise à l'encontre de cette décision en raison de la violation d'une disposition prise par ou en vertu de cette loi.

Définitions

Art. 2. Au sens du présent décret, l'on entend par :

1° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

2° autorités subordonnées : le conseil communal, le collège des bourgmestre et échevins, le bourgmestre, le conseil de police, le collège de police, le conseil de fabrique d'église, le bureau des marguilliers, les organes représentatifs des organismes chargés de la gestion du temporel des cultes reconnus ainsi que le conseil d'administration des régies communales autonomes;

3° pièces justificatives : tous les documents et annexes de nature à étayer une décision;

4° annulation : acte par lequel l'autorité de tutelle annule une décision prise par une autorité subordonnée parce que cette décision viole la loi ou blesse l'intérêt général;

5° approbation : acte par lequel l'autorité de tutelle déclare qu'une décision prise par une autorité subordonnée peut entrer en vigueur parce qu'elle ne viole pas la loi et ne blesse pas l'intérêt général;

6° suspension : acte par lequel l'autorité de tutelle s'oppose à l'exécution d'une décision prise par une autorité subordonnée parce qu'elle est susceptible de violer la loi et de blesser l'intérêt général.

Computation des délais

Art. 3. § 1^{er}. Le jour auquel expire le délai est compris dans le délai. Toutefois, si ce jour est un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est reporté au jour ouvrable suivant.

Sont considérés comme jours fériés au sens du présent décret : le nouvel an, le « Altweiberdonnerstag » (« jeudi des vieilles femmes »), le Rosenmontag (lundi des Roses), le lundi de Pâques, le 1^{er} mai, l'Ascension, le lundi de Pentecôte, le 21 juillet, le 15 août, les 1^{er}, 2, 11 et 15 novembre, les 25 et 26 décembre ainsi que les jours déterminés par décret ou par arrêté du Gouvernement.

Les délais sont calculés en jours calendrier.

§ 2. Le délai mentionné à l'article 9, alinéa 3, débute le lendemain du jour où le Gouvernement a reçu la justification. Cette date sera communiquée à l'expéditeur par accusé de réception. Si l'expéditeur n'a pas reçu d'accusé de réception dans les dix jours de l'envoi du dossier, le délai court à partir de la date d'envoi.

§ 3. Le délai mentionné à l'article 1^o, § 1, débute le lendemain du jour où le Gouvernement a reçu l'ordre du jour effectif. Cette date sera communiquée à l'expéditeur par accusé de réception. Si l'expéditeur n'a pas reçu d'accusé de réception dans les dix jours de l'envoi du dossier, le délai court à partir de la date d'envoi.

§ 4. Le délai mentionné aux articles 10, § 2, et 13, § 3, débute le lendemain du jour où le Gouvernement a reçu le dossier complet. Cette date sera communiquée à l'expéditeur par accusé de réception. Si l'expéditeur n'a reçu, dans les dix jours de l'envoi du dossier, ni accusé de réception ni invitation à introduire les pièces justificatives manquantes, l'acte est censé être complet et le délai court à partir de la date du cachet de la poste.

Notifications

Art. 4. Toute décision du Gouvernement est notifiée à l'autorité concernée et, le cas échéant, aux intéressés. Sous peine de nullité, cette notification intervient au plus tard le jour où expire le délai.

Motivation et publication

Art. 5. Toute décision du Gouvernement doit être formellement motivée.

Les décisions du Gouvernement sont publiées sous forme d'extrait au *Moniteur belge*.

CHAPITRE II. — La tutelle

Section 1^{re}. — La tutelle générale

Champ d'application

Art. 6. A l'exception de celles mentionnées à l'article 12, toutes les décisions prises par les autorités subordonnées sont soumises à la tutelle générale.

Ordre du jour

Art. 7. Dans les dix jours suivant la prise de décision, l'autorité transmet au Gouvernement l'ordre du jour effectif des décisions concernées prises par le conseil communal, le conseil de police et le conseil d'administration des régies communales autonomes.

Décisions complètes

Art. 8. Sans préjudice de l'application de l'article 7 et du chapitre III, l'autorité transmet au Gouvernement, dans les quinze jours suivant la prise de décision, une copie des décisions suivantes, accompagnée des pièces justificatives correspondantes :

- 1^o les décisions du conseil communal relatives aux taxes et redevances communales;
- 2^o les décisions du conseil communal fixant la dotation communale pour la zone de police;
- 3^o les décisions du conseil communal et du conseil de police visant à contracter des emprunts;
- 4^o les décisions du conseil communal et du conseil de police fixant la nouvelle répartition des charges financières des emprunts contractés;
- 5^o les décisions du conseil communal, du collège des bourgmestre et échevins, du conseil de police et du collège de police relatives aux dépenses effectuées dans des circonstances urgentes et imprévues.

Les décisions qui ne doivent pas être notifiées en application de l'alinéa 1^{er} peuvent à tout moment être transmises au Gouvernement, accompagnées des pièces justificatives correspondantes.

Suspension et annulation

Art. 9. Le Gouvernement peut suspendre ou annuler en tout ou partie toute décision d'une autorité subordonnée violant la loi ou blessant l'intérêt général.

L'autorité concernée peut retirer ou justifier une décision suspendue. Sous peine de nullité de la décision suspendue, elle communique au Gouvernement le retrait ou la justification dans les quarante jours suivant la date d'envoi de l'arrêté de suspension.

Dans les quarante jours suivant la réception de la justification, le Gouvernement peut annuler une décision suspendue. À défaut de décision dans le délai imparti, la suspension devient caduque.

Délais

Art. 10. § 1^{er}. S'il ne prend pas de décision dans un délai de quarante jours suivant la réception de l'ordre du jour effectif mentionné à l'article 7, le Gouvernement ne peut plus suspendre ou annuler les décisions y mentionnées.

Ce délai est interrompu par l'envoi d'un recommandé par lequel le Gouvernement exige un certain dossier.

§ 2. S'il ne prend pas de décision dans un délai de quarante jours suivant la réception du dossier complet, le Gouvernement ne peut plus suspendre ou annuler une décision.

Recours

Art. 11. Lorsqu'un recours est introduit auprès du Gouvernement contre une décision prise par une autorité subordonnée, et ce dans les quarante jours suivant ladite décision, le Gouvernement requiert l'acte concerné ou des informations supplémentaires. Il informe immédiatement, par simple lettre, l'auteur du recours ainsi que l'autorité concernée de la réception du recours. En outre, le Gouvernement fait savoir si la décision contestée a ou non été suspendue ou annulée, et motive cette décision.

Lorsque le recours concerne une décision n'ayant pas été communiquée ou notifiée au Gouvernement conformément aux articles 7, 8 ou 12, le délai de quarante jours mentionné à l'alinéa 1^{er} court à partir de la date à laquelle le réclamant a eu connaissance de la décision ou de la date à laquelle elle a été portée à sa connaissance.

Les recours ne sont admissibles que s'ils sont introduits par une personne physique ou morale pouvant justifier d'un intérêt fondé pour la décision contestée.

Section 2. — La tutelle spéciale

Champ d'application

Art. 12. Sans préjudice de l'application du chapitre III, les décisions prises dans les matières suivantes par les autorités subordonnées sont soumises à l'approbation du Gouvernement :

1° le budget de la commune, des régies communales et des zones de police, les modifications budgétaires et les transferts de crédits de dépenses;

2° le cadre et les statuts administratif et pécuniaire des agents de la commune et du personnel opérationnel, du personnel administratif et du personnel logistique des zones de police;

3° les comptes annuels des communes, des régies communales et des zones de police;

4° la mise en régie communale, la création de régies communales autonomes et la délégation de gestion à une association ou société de droit public ou privé;

5° la prise de participation à une association ou société de droit public ou privé susceptible d'engager les finances communales.

Procédure

Art. 13. § 1^{er}. Les décisions mentionnées à l'article 12, accompagnées de leurs pièces justificatives, sont transmises au Gouvernement dans les quinze jours de leur adoption.

§ 2. Le Gouvernement peut approuver en tout ou partie les décisions soumises à son approbation ou refuser l'approbation.

Pour les décisions mentionnées à l'article 12, 1°, il peut inscrire des prévisions de recettes et des postes de dépenses; il peut les diminuer, les augmenter ou les supprimer et rectifier des erreurs matérielles.

§ 3. Le Gouvernement prend sa décision dans les quarante jours suivant la notification du dossier complet. Il ne peut prolonger qu'une seule fois, et pour une durée égale, le délai dont il dispose pour l'exercice de sa compétence.

A défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée avoir été donnée.

Section 3. — La tutelle coercitive

Envoi d'un commissaire spécial

Art. 14. Le Gouvernement peut désigner un commissaire spécial lorsque :

— la commune, la régie communale autonome, la fabrique d'église ou l'organisme chargé de la gestion du temporel du culte concerné, reste en défaut de fournir les renseignements et éléments demandés ou de mettre en exécution les mesures prescrites par les lois, décrets, arrêtés, règlements ou statuts ou par une décision de justice coulée en force de chose jugée;

— la zone de police omet de fournir les renseignements ou données demandés ou d'exécuter les mesures prescrites par la loi, les décrets, les arrêtés, les règlements ou les statuts, exception faite de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux et de ses arrêtés d'exécution.

Le commissaire spécial est habilité à prendre toutes les mesures nécessaires en lieu et place de l'autorité défaillante, dans les limites du mandat qui lui est donné par l'arrêté qui le désigne.

Avertissement

Art. 15. Préalablement à l'envoi d'un commissaire spécial, le Gouvernement :

1° adresse à l'autorité concernée, par recommandé, un avertissement motivé expliquant ce qui lui est demandé ou les mesures qu'elle reste en défaut de prendre;

2° donne à cette autorité, dans le même avertissement, un délai déterminé et raisonnable pour répondre à la demande lui adressée, justifier son attitude, confirmer sa position ou prendre les mesures prescrites.

Frais

Art. 16. Les frais, honoraires ou traitements inhérents à l'accomplissement de sa mission sont à charge des personnes défaillantes dans l'exercice de leur fonction ou de leur mandat.

La rentrée de ces frais est poursuivie comme en matière d'impôts sur le revenu par le receveur des contributions directes sur l'exécutoire de l'autorité de tutelle.

*CHAPITRE III. — Dispositions particulières**Section 1^{re}. — Fabriques d'églises*

Modification du décret impérial du 30 décembre 1809 concernant les fabriques des églises

Art. 17. Le décret impérial du 30 décembre 1809 concernant les fabriques des églises, tel qu'il a été modifié, est modifié comme suit :

— dans les articles 6, 10, 43, 63, 77, 94, 95, 98, 100, 101, 108 et 109, les mots « préfet », « gouverneur » et « conseil de préfecture » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

— dans l'article 100, les mots « nos Ministres de l'Intérieur et des Cultes » sont remplacés par « le Gouvernement ».

— dans l'article 107, le passage « au préfet du département dans lequel est le chef-lieu de l'évêché » est remplacé par « au Gouvernement »

— dans l'article 109, l'alinéa 2 est abrogé;

— dans l'article 110, les mots « notre Ministre de l'Intérieur » et « les préfets pourront » sont remplacés respectivement par « le Gouvernement » et « le Gouvernement pourra » et le passage « le conseil général du département » est remplacé par « le Parlement de la Communauté germanophone ».

L'article 97 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 97 - Dans le cas où l'évêque se prononcerait contre l'avis du conseil communal, ce conseil pourra s'adresser au Gouvernement afin qu'il prenne une décision ».

Les autorisations du Roi ou du Ministre des Cultes prévues aux articles 36, 59, 62, 71, 72 et 73, du même décret seront délivrées par le Gouvernement.

Arrêté royal du 12 mars 1849 sur la réorganisation et le renouvellement partiel des fabriques des églises

Art. 18. Dans les articles 4 et 5 de l'arrêté royal du 12 mars 1849 sur la réorganisation et le renouvellement partiel des fabriques des églises, le mot « gouverneur » est remplacé par « Gouvernement ».

Budget

Art. 19. § 1^{er}. Les articles 2 et 3 de la loi du 4 mars 1870 sur le temporel des cultes sont remplacés par les dispositions suivantes :

« Article 2. Le collège des bourgmestre et échevins transmet au Gouvernement le budget des fabriques d'églises, accompagné de toutes les pièces justificatives y afférentes et de l'avis du conseil communal avant le 20 octobre de l'année précédant l'exercice budgétaire.

Article 3. Le Gouvernement transmet à l'Evêque le budget des fabriques d'églises, accompagné des pièces justificatives, avant le 5 novembre de l'année précédant l'exercice budgétaire.

L'Evêque arrête définitivement les dépenses relatives à la célébration du culte et il approuve le budget, qu'il renvoie au Gouvernement avant le 25 novembre de l'année précédant l'exercice budgétaire.

Le budget est soumis ensuite à l'approbation du Gouvernement, qui ne peut modifier les articles de dépenses relatifs à la célébration du culte; le Gouvernement statue avant le 15 décembre de l'année précédant l'exercice budgétaire.

Trois des expéditions, mentionnant la décision du Gouvernement, sont immédiatement renvoyées, l'une à l'Evêque et les deux autres aux administrations communale et fabricienne respectivement intéressées. La quatrième expédition est conservée dans les archives du Gouvernement. »

§ 2. L'article 4 de la même loi est abrogé.

Comptes

Art. 20. § 1^{er}. Les articles 7 et 8 de la même loi sont remplacés par les dispositions suivantes :

« Article 7. Le collège des bourgmestre et échevins transmet au Gouvernement les comptes des fabriques d'églises avec toutes les pièces justificatives et l'avis du conseil communal avant le 15 mai de l'année suivant l'exercice budgétaire.

Le Gouvernement transmet immédiatement ces comptes, avec toutes les pièces justificatives, à l'Evêque.

L'Evêque arrête définitivement les dépenses effectuées dans les limites du budget pour la célébration du culte; il approuve le surplus du compte et renvoie le tout au Gouvernement avant le 10 juin de l'année suivant l'exercice budgétaire.

Les comptes sont ensuite soumis à l'approbation du Gouvernement, qui statue avant le 1^{er} juillet de l'année suivant l'exercice budgétaire.

Trois des expéditions, mentionnant la décision du Gouvernement, sont immédiatement renvoyées, l'une à l'Evêque et les deux autres aux administrations communale et fabricienne respectivement intéressées. La quatrième expédition est conservée dans les archives du Gouvernement. »

§ 2. L'article 9 de la même loi est abrogé.

§ 3. Dans les articles 11 et 12, alinéas 1^{er} et 3, de la même loi, les mots « à la députation permanente », « la députation permanente » et « de la députation permanente » sont remplacés respectivement par « au Gouvernement », « le Gouvernement » et « du Gouvernement ».

Le deuxième alinéa de l'article 12 est abrogé.

Dispositions communes au budget et aux comptes

Art. 21. Dans l'article 15 de la même loi, les mots « la députation permanente » et « le gouverneur » sont remplacés par « le Gouvernement de la Communauté germanophone ».

L'alinéa 4 du même article est abrogé.

Tutelle

Art. 22. § 1^{er}. L'article 15*bis* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 15*bis*. La tutelle générale sur les fabriques d'églises et la tutelle coercitive sur les membres des fabriques d'églises sont exercées par le Gouvernement conformément aux dispositions du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande. »

§ 2. L'article 15*ter* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999, est abrogé.

§ 3. Dans l'article 15*quater* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999 et modifié par l'arrêté royal du 20 juillet 2000, les mots « gouverneur de province » et « Roi » sont remplacés par « Gouvernement ».

§ 4. L'article 15*quinquies* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999, est abrogé.

Section 2. — Fabriques d'églises cathédrales

Budget et comptes

Art. 23. L'article 17 de la même loi est remplacé par la disposition suivante :

« Article 17. Le budget et les comptes de ces fabriques sont soumis à l'approbation du Gouvernement. Dans le cas de l'article 15, l'invitation est donnée à la fabrique par le Gouvernement. Le Gouvernement constate la déchéance par une décision qui est notifiée à la fabrique et à l'Evêque. »

Tutelle

Art. 24. § 1^{er}. L'article 17*bis* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 17*bis*. La tutelle générale sur les fabriques d'églises cathédrales et la tutelle coercitive sur les membres des fabriques d'églises cathédrales sont exercées par le Gouvernement conformément aux dispositions du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande. »

§ 2. L'article 17*ter* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999, est abrogé.

§ 3. Dans l'article 17*quater* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999 et modifié par l'arrêté du 20 juillet 2000, les mots « Ministre de la Justice » et « Roi » sont remplacés par « Gouvernement ».

§ 4. L'article 17*quinquies* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999, est abrogé.

Section 3. — Organismes chargés de la gestion temporel des autres cultes reconnus

Tutelle

Art. 25. Dans l'article 19*bis* de la même loi, inséré par la loi du 10 mars 1999 et modifié par l'arrêté royal du 20 juillet 2000, les alinéas 3 à 6 sont remplacés par les dispositions suivantes :

« La tutelle de ces organismes est exercée par le Gouvernement conformément aux dispositions du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande.

La création d'un organisme administratif et l'acceptation des libéralités faites sont toutefois soumises à l'approbation du Gouvernement.

A cet effet, les demandes de création d'un organisme administratif sont transmises au Gouvernement par l'organe représentatif du culte. Les décisions relatives aux opérations civiles et à l'acceptation de libéralités sont communiquées au Gouvernement.

Toutefois, l'acceptation de libéralités dont le montant ne dépasse pas € 10.000 et les opérations civiles sont soumises à la tutelle générale. La liste de ces décisions est transmise au Gouvernement à l'issue de chaque trimestre.

Le Gouvernement peut indexer le montant mentionné à l'alinéa précédent. »

Section 4. — Funérailles et sépultures

Tutelle

Art. 26. Dans les articles 2 et 5, § 2, de la loi du 20 juillet 1971 sur les funérailles et sépultures, modifiés par la loi du 20 septembre 1998, dans l'article 18 et l'article 19, modifié par la loi du 20 septembre 1998, les mots « gouverneur de la province » sont remplacés par « Gouvernement ».

Dans les articles 2, 7 et 12, de la même loi, modifiés par la loi du 20 septembre 1998, dans l'article 15*bis*, inséré par la loi du 28 décembre 1989 et modifié par la loi du 20 septembre 1998, dans l'article 24 remplacé par la loi du 8 février 2001, ainsi que dans l'article 28, le mot « Roi » est remplacé par « Gouvernement ».

Dans l'article 16, § 3, de la même loi, les mots « Ministre qui a la santé publique dans ses attributions » et « Ministre » sont remplacés par « Gouvernement ».

CHAPITRE IV. — *Dispositions finales*

Forme des documents

Art. 27. Le Gouvernement peut déterminer la nature du support d'information et la forme selon laquelle doivent être introduits les documents mentionnés dans le présent décret.

Rapport annuel

Art. 28. Le Gouvernement transmet au Parlement de la Communauté germanophone un rapport annuel sur l'exercice de la tutelle, au plus tard le 31 mars de l'année suivant celle à laquelle il se rapporte.

Le rapport annuel comprend un aperçu statistique sur la tutelle ainsi qu'une explication de la jurisprudence prononcée en cours d'année.

Dispositions modificatives et abrogatoires

Art. 29. § 1^{er}. Dans l'article 243, alinéa 1^{er}, de la nouvelle loi communale, modifié par l'arrêté royal du 20 juillet 2000, le passage « à l'avis du conseil communal et de la députation permanente du conseil provincial et à l'approbation du Roi » est remplacé par « à l'approbation du conseil communal » et le passage « lorsque la valeur excède € 2.500 » est supprimé.

Dans les articles 256, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la même loi, modifié par l'arrêté royal du 30 mai 1989, et 276, alinéa 2, le passage « par la députation permanente du conseil provincial » est remplacé par « par le Gouvernement ».

§ 2. Les articles 12, § 2, 24, 28, § 2, 40, 47, § 2, 65, § 2, 68, § 2, 134, § 2, 146, 147, § 2, 153, §§ 2 et 3, 155, § 2, 231, §§ 2 et 3, 235, 237, 240, § 2, 241, § 2, 243, alinéas 2 à 5, 244, 246, 248, § 3, 249, § 2, 251, 256, § 2, 257, 258, §§ 2 et 3, 261, § 2, 264, 265, 266, 271, § 2, et 287, § 2, de la nouvelle loi communale sont abrogés pour ce qui concerne la Communauté germanophone.

Disposition transitoire

Art. 30. Les décisions prises par les autorités subordonnées, adoptées avant l'entrée en vigueur du présent décret, continuent d'être soumises aux dispositions préalablement en vigueur. Toutefois, à partir du 1^{er} janvier 2005 toutes les compétences des autorités provinciales et régionales seront exercées par le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Entrée en vigueur

Art. 31. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2005.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 20 décembre 2004

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

Mme I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2005 — 734

[C — 2005/33017]

20 DECEMBER 2004. — Decreet houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Toepassingsgebied

Artikel 1. Dit decreet organiseert het gewone administratieve toezicht op de gemeenten, politiezonen, autonome gemeentebedrijven, kerkfabrieken en de instellingen belast met het beheer van het tijdelijke van de erkende erediensten van het Duitse taalgebied.

Voor zover de beslissing van een overheid van een politiezone met toepassing van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus, onderworpen is aan een specifiek toezicht, kan tegen deze beslissing geen toezichtsmaatregel worden genomen wegens de overtreding van een bepaling genomen door of krachtens die wet.

Definities

Art. 2. In de zin van dit decreet wordt verstaan onder :

1° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

2° ondergeschikte overheden : de gemeenteraad, het college van burgemeester en schepenen, de burgemeester, de politieraad, het politiecollege, de kerkbestuursraad, het bureau van kerkmeesters, de representatieve organen van de instellingen belast met het beheer van het tijdelijke van de erkende erediensten alsmede de raad van beheer van de autonome gemeentebedrijven;

3° bewijsstukken : alle documenten en bijlagen waarmee een beslissing kan worden bewezen;

4° annulatie : rechtshandeling waarmee de toezichthoudende overheid een beslissing van de ondergeschikte overheid vernietigt omdat deze beslissing de wet schendt of het algemeen belang schaadt;

5° goedkeuring : rechtshandeling waarmee de toezichthoudende overheid verklaart dat een beslissing van de ondergeschikte overheid uitwerking kan hebben omdat ze noch de wet schendt noch het algemeen belang schaadt.

6° schorsing : rechtshandeling waarmee de toezichthoudende overheid zich verzet tegen een beslissing van een ondergeschikte overheid omdat ze de wet zou kunnen schenden of het algemeen belang schaden.

Berekening van de termijnen

Art. 3. § 1. De vervalddag wordt meegerekend in de termijn. Als die dag echter een zaterdag, zondag of feestdag is, valt de vervalddag op de eerst volgende werkdag.

In de zin van dit decreet worden de volgende dagen gelijkgesteld met een feestdag : 1 januari, Altweiberdonnerstag (oude wijven donderdag), Rozenmaandag, Paasmaandag, 1 mei, Hemelvaartsdag, Pinkstermaandag, 21 juli, 15 augustus, 1, 2, 11 en 15 november, 25 en 26 december, alsook de bij decreet of bij besluit van de Regering vastgestelde dagen.

De termijnen worden in kalenderdagen berekend.

§ 2. De termijn vermeld in artikel 9, lid 3, begint na de dag waarop de Regering de rechtvaardiging heeft gekregen. Deze datum wordt aan de afzender in een ontvangstbewijs medegedeeld. Indien de afzender binnen 10 dagen na de verzending van de akte geen ontvangstbewijs heeft verkregen, dan loopt de termijn vanaf de verzenddatum.

§ 3. De in artikel 10, § 1, vermelde termijn loopt na de dag waarop de Regering de werkelijke dagorde heeft ontvangen. Deze datum dient aan de toezender met ontvangstbewijs te worden gezonden. Indien de afzender binnen 10 dagen na de verzending geen ontvangstbewijs heeft verkregen loopt de termijn vanaf de verzenddatum.

§ 4. De in de artikelen 10, § 2, en 13, § 3, vermelde termijn begint na de dag waarop de Regering de volledige akte heeft gekregen. Deze datum wordt aan de afzender in een ontvangstbewijs medegedeeld. Indien de afzender binnen 10 dagen na de verzending van de akte noch een ontvangstbewijs noch een uitnodiging om de ontbrekende bewijsstukken in te dienen, heeft verkregen, dan wordt de akte geacht volledig te zijn en loopt de termijn vanaf de datum van de postzegel.

Kennisgeving

Art. 4. Kennis wordt gegeven aan de betrokken overheid en, in voorkomend geval, aan de belanghebbenden, van elke beslissing van de Regering. De kennisgeving moet op straffe van nietigheid ten laatste op de vervaldag van de termijn plaatsvinden.

Motivering en bekendmaking

Art. 5. Elke beslissing van de Regering is uitdrukkelijk met redenen omkleed.

De beslissingen van de Regering worden bij uittreksel in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt.

HOOFDSTUK II. — *Het toezicht*

Afdeling 1. — Het algemeen toezicht

Toepassingsgebied

Art. 6. Met uitzondering van degene vermeld in artikel 12 zijn alle beslissingen van de ondergeschikte overheden onderworpen aan het algemeen toezicht.

Dagorde

Art. 7. Binnen tien dagen nadat een beslissing wordt genomen, zendt de betrokken overheid de werkelijke dagorde van de beslissingen genomen door de gemeenteraad, de politieraad of de raad van beheer van de autonome gemeentebedrijven aan de Regering toe.

Volledige beslissingen

Art. 8. Onverminderd de toepassing van artikel 7 en hoofdstuk III zendt de betrokken overheid aan de Regering, binnen veertien dagen nadat de beslissing wordt genomen, een afschrift van volgende beslissingen met de desbetreffende bewijsstukken toe :

- 1° de beslissingen van de gemeenteraad m.b.t. de gemeentelijke belastingen en retributies;
- 2° de beslissingen van de gemeenteraad tot vastlegging van de gemeentelijke dotatie voor de politiezone;
- 3° de beslissingen van de gemeenteraad en van de politieraad om leningen aan te gaan;
- 4° de beslissingen van de gemeenteraad en van de politieraad houdende nieuwe verdeling van de financiële lasten van de aangegane leningen;
- 5° de beslissingen van de gemeenteraad, van het college van burgemeester en schepenen, van de politieraad en van het politiecollege m.b.t. uitgaven onder dringende en onvoorziene omstandigheden.

Beslissingen die niet met toepassing van lid 1 moeten worden toegezonden, kunnen te allen tijde met de desbetreffende bewijsstukken worden toegezonden.

Schorsing en annulatie

Art. 9. De Regering kan elke beslissing van een ondergeschikte overheid die de wet schendt of het algemeen belang schaadt, schorsen of geheel of gedeeltelijk vernietigen.

De betrokken overheid kan een geschorste beslissing intrekken of rechtvaardigen. Op straffe van nietigheid van de geschorste beslissing deelt zij de Regering de intrekking of de rechtvaardiging mede binnen 40 dagen na de verzendingsdatum van het schorsingsbesluit.

Binnen 40 dagen na de ontvangst van de rechtvaardiging kan de Regering een geschorste beslissing vernietigen. Bij gebreke aan een beslissing binnen de gestelde termijn vervalt de schorsing.

Termijnen

Art. 10. § 1. Neemt de Regering geen beslissing binnen veertig dagen na de ontvangst van de in artikel 7 vermelde werkelijke dagorde, kan ze de erop vermelde beslissingen niet meer schorsen of vernietigen.

Deze termijn wordt onderbroken door de verzending van een aangetekende brief waarin de Regering om een bepaalde akte verzoekt.

§ 2. Neemt de Regering geen beslissing binnen veertig dagen na de ontvangst van de volledige akte, kan ze een beslissing niet meer schorsen of vernietigen.

Beroepen

Art. 11. Als een beroep tegen een beslissing van een ondergeschikte overheid bij de Regering wordt ingediend, en dit binnen veertig dagen nadat deze beslissing is genomen, vordert de Regering de betrokken akte of bijkomende inlichtingen. Ze informeert de appellant alsmede de betrokken overheid onverwijld door gewone brief over de ontvangst van het beroep. Daarenboven deelt de Regering mede of de aangevochten beslissing al dan niet geschorst of vernietigd werd en motiveert haar beslissing.

Betreft het beroep een beslissing die aan de Regering niet moet worden medegedeeld overeenkomstig de artikelen 7, 8 of 12, dan loopt de termijn van veertig dagen vermeld in het eerste lid vanaf de datum waarop de appellant kennis nam van de beslissing of waarop deze beslissing te zijner kennis werd gebracht.

Beroepen gelden slechts indien ze door een natuurlijke of juridische persoon worden ingediend, die zich op een gerechtvaardigd belang kunnen beroepen bij de aangevochten beslissing.

Afdeling 2. — Het bijzonder toezicht

Toepassingsgebied

Art. 12. Onverminderd de toepassing van hoofdstuk III zijn de beslissingen van de ondergeschikte overheden m.b.t. één van de volgende gebieden, aan de goedkeuring van de Regering onderworpen :

1° de gemeentelijke begroting, de begroting van de gemeentebedrijven en de begroting van de politiezonen, de budgettaire wijzigingen en de overdrachten van uitgavenkredieten;

2° de personeelsformatie en de administratieve en geldelijke statuten van de gemeentelijke ambtenaren en van het operationeel, administratief en logistiek personeel van de politiezonen;

3° de rekeningen van de gemeenten, van de gemeentebedrijven en van de politiezonen;

4° het beroep op gemeentelijke bedrijven, de oprichting van autonome gemeentebedrijven en de overdracht van het beheer aan een publiek- of privaatrechtelijke vereniging of vennootschap;

5° de deelneming aan een publiek- of privaatrechtelijke vereniging of vennootschap die de gemeentelijke financiën kan verbinden.

Procedure

Art. 13. § 1. Binnen veertien dagen nadat de in artikel 12 vermelde beslissingen genomen worden, worden ze samen met de bewijsstukken aan de Regering toegezonden.

§ 2. De Regering kan de beslissingen die ter goedkeuring worden voorgelegd, geheel of gedeeltelijk goedkeuren of de goedkeuring weigeren.

Voor de in artikel 12, 1°, vermelde beslissingen kan ze ontvangstenvooruitzichten en uitgavenposten inschrijven; ze mag die verminderen, verhogen of schrappen en materiële vergissingen verbeteren.

§ 3. De Regering neemt haar beslissing binnen veertig dagen vanaf het versturen van de volledige akte. Zij mag de termijn die haar gesteld is om haar bevoegdheid uit te oefenen ten hoogste één keer, met dezelfde duur, verlengen.

Bij gebreke aan beslissing binnen de gestelde termijn wordt de goedkeuring geacht verleend te zijn.

Afdeling 3. — Het dwangtoezicht

Ter plaatse sturen van een bijzondere commissaris

Art. 14. De Regering mag een bijzondere commissaris aanwijzen wanneer :

— de gemeente, het autonoom gemeentebedrijf, de kerkfabriek of de instelling belast met het beheer van het tijdelijke van de erkende erediensten verzuimt de aangevraagde inlichtingen en elementen te verstrekken of de voorschriften uit te voeren die door de wetten, decreten, besluiten, regelingen of statuten, of van een in kracht van gewijsde getreden rechterlijke beslissing uit te voeren;

— de politieke zone verzuimt de aangevraagde inlichtingen en elementen te verstrekken of de voorschriften uit te voeren die door andere wetten, decreten, besluiten, regelingen of statuten dan de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus, en de uitvoeringsbesluiten ervan bepaald zijn.

De bijzondere commissaris is bevoegd om alle noodzakelijke maatregelen te treffen in plaats van de in gebreke gebleven overheid, binnen de grenzen van het mandaat toegekend door het besluit waarbij hij wordt aangewezen.

Waarschuwing

Art. 15. Voordat een bijzondere commissaris ter plaatse wordt gestuurd, moet de Regering :

1° bij aangetekende brief een met redenen omklede waarschuwing aan de betrokken overheid richten, waarin uiteengezet wordt wat van haar verlangd wordt of welke maatregelen ze verzuimd heeft te treffen;

2° die overheid in dezelfde waarschuwing een bepaalde en redelijke termijn opleggen om de aan haar gerichte aanvraag te beantwoorden, haar houding te verantwoorden, haar standpunt te bevestigen of de voorgeschreven maatregelen te treffen.

Kosten

Art. 16. De kosten, erelonen of wedden betreffende de vervulling van zijn opdracht zijn ten laste van de personen die in gebreke gebleven zijn in de uitoefening van hun functie of mandaat.

Die kosten worden ingevorderd, zoals inzake belastingen op de inkomsten, door de ontvanger van de directe belastingen nadat de toezichthoudende overheid het bevelschrift uitvoerbaar heeft verklaard.

HOOFDSTUK III. — *Bijzondere bepalingen**Afdeling 1. — Kerkfabrieken*

Wijziging van het keizerlijk decreet van 30 december 1809 op de kerkfabrieken

Art. 17. Het Keizerlijk decreet van 30 december 1809 op de kerkfabrieken, zoals het gewijzigd werd, wordt gewijzigd als volgt :

— In de artikelen 6, 10, 43, 63, 77, 94, 95, 98, 100, 101, 108 en 109 worden de woorden « prefect », « gouverneur » en « bestendige deputatie » vervangen.

— In artikel 100 wordt de passus « op onze Ministers van Binnenlandse Zaken en van Justitie » vervangen door « op de Regering »;

— In artikel 107 wordt de passus « aan de gouverneur van de provincie waarin de zetel van het bisdom gelegen is » vervangen door « aan de Regering »;

— In artikel 109 wordt lid 2 opgeheven;

— In artikel 110 worden de woorden « onze Minister van Binnenlandse Zaken » en « waarover de gouverneurs kunnen beschikken » respectievelijk vervangen door « de Regering » en « waarover de regering kan beschikken » en de woorden « door de provinciale raad » door « door het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ».

Artikel 97 van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 97. Ingeval de bisschop ingaat tegen het advies van de gemeenteraad, dan kan zich deze aan de Regering wenden, opdat zij een beslissing neemt. »

De in de artikelen 36, 59, 62, 71, 72 en 73, van hetzelfde decreet voorziene machtigingen van de Koning en van de Minister van Justitie worden door de Regering verleend.

Koninklijk besluit van 12 maart 1849 over de herinrichting en de gedeeltelijke vernieuwing der kerkfabrieken.

Art. 18. In de artikelen 4 en 5 van het koninklijk besluit van 12 maart 1849 over de herinrichting en de gedeeltelijke vernieuwing der kerkfabrieken wordt het woord « gouverneur » door het woord « Regering » vervangen.

Begroting

Art. 19. § 1. De artikelen 2 en 3 van de wet van 4 maart 1870 op het tijdelijke der erediensten worden vervangen door de volgende bepalingen :

« Artikel 2. Het college van burgemeester en schepenen zendt de begroting van de kerkfabrieken met alle desbetreffende bewijsstukken en het advies van de gemeenteraad vóór 20 oktober van het jaar dat het begrotingsjaar voorafgaat aan de Regering toe.

Artikel 3. De Regering zendt de begroting van de kerkfabrieken, met alle bewijsstukken, vóór 5 november van het jaar dat het begrotingsjaar voorafgaat aan de bisschop toe.

De bisschop sluit definitief de uitgaven betreffende het vieren van de eredienst en keurt de begroting goed die hij aan de Regering terugzendt vóór 25 november van het jaar dat het begrotingsjaar voorafgaat.

De begroting wordt vervolgens onderworpen aan de goedkeuring van de Regering die de artikelen van de uitgaven betreffende het vieren van de eredienst niet mag wijzigen; de Regering beslist vóór 15 december van het jaar dat het begrotingsjaar voorafgaat.

Drie der uitgiften, vermeldende de beslissing van de Regering, worden onmiddellijk teruggezonden, het ene aan de bisschop en de twee andere aan de belanghebbende gemeente- en kerkbesturen. Een vierde uitgifte wordt bewaard in de archieven van de Regering. »

§ 2. Artikel 4 van dezelfde wet wordt opgeheven.

Rekeningen

Art. 20. § 1. De artikelen 7 en 8 van dezelfde wet worden vervangen door de volgende bepalingen :

« Artikel 7. Het college van burgemeester en schepenen zendt vóór 15 mei van het jaar volgend op het begrotingsjaar de rekeningen van de kerkfabrieken, samen met de bewijsstukken en het advies van de gemeenteraad, aan de Regering toe.

De Regering zendt onmiddellijk deze rekeningen, samen met de bewijsstukken, aan de bisschop toe.

De bisschop sluit de uitgaven definitief die binnen de palen van de begroting voor het vieren van de eredienst gedaan werden; hij keurt het overige van de rekening goed en zendt alles terug naar de Regering vóór 10 juni van het jaar volgend op het begrotingsjaar.

De rekeningen worden vervolgens onderworpen aan de goedkeuring van de Regering die een beslissing neemt vóór 1 juli van het jaar volgend op het begrotingsjaar.

Drie der uitgiften, vermeldende de beslissing van de Regering, worden onmiddellijk teruggezonden, de ene aan de bisschop en de twee andere aan de belanghebbende gemeente- en kerkbesturen. Een vierde uitgifte wordt bewaard in de archieven van de Regering. »

§ 2. Artikel 9 van dezelfde wet wordt opgeheven.

§ 3. In de artikelen 11 en 12, leden 1 en 3, van dezelfde wet worden de woorden « bestendige afvaardiging » door « Regering » vervangen.

Het tweede lid van artikel 12 wordt opgeheven.

Bepalingen die tegelijk tot de begroting en tot de rekeningen betrekking hebben

Art. 21. In artikel 15 van dezelfde wet worden de woorden « bestendige afvaardiging », « afvaardiging » en « gouverneur » door « Regering van de Duitstalige Gemeenschap » vervangen.

Lid 4 van hetzelfde artikel wordt opgeheven.

Toezicht

Art. 22. § 1. Artikel 15bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 15bis. Het algemeen toezicht op de kerkfabrieken en het dwangtoezicht op de leden van de kerkfabrieken worden door de Regering uitgeoefend overeenkomstig de bepalingen van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied. »

§ 2. Artikel 15^{ter} van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999, wordt opgeheven.

§ 3. In artikel 15^{quater} van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 20 juli 2000 worden de woorden « Provinciegouverneur » en « Koning » door het woord « Regering » vervangen.

§ 4. Artikel 15^{quinquies} van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999, wordt opgeheven.

Afdeling 2. — Kathedrale kerkfabrieken

Begroting en rekeningen

Art. 23. Artikel 17 van dezelfde wet wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 17. De begroting en de rekeningen van deze kerkfabrieken worden de Regering ter goedkeuring voorgelegd. In het in artikel 15 bepaald geval wordt de uitnodiging aan de fabriek door de Regering gezonden. De Regering bekrachtigt het verval door een besluit dat aan de kerkfabriek en aan de bisschop ter kennis wordt gebracht. »

Toezicht

Art. 24. § 1. Artikel 17^{bis} van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 17^{bis}. Het algemeen toezicht op de kathedrale kerkfabrieken en het dwangtoezicht op de leden van de kathedrale kerkfabrieken worden door de Regering uitgeoefend overeenkomstig de bepalingen van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied. »

§ 2. Artikel 17^{ter} van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999, wordt opgeheven.

§ 3. In artikel 17^{quater} van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 20 juli 2000, worden de woorden « Minister van Justitie » en « Koning » door het woord « Regering » vervangen.

§ 4. Artikel 17^{quinquies} van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999, wordt opgeheven.

Afdeling 3. — Instellingen belast met het beheer van het tijdelijke van de andere erkende erediensten

Toezicht

Art. 25. In artikel 19^{bis} van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 10 maart 1999 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 20 juli 2000, worden de leden 3 tot 6 vervangen door de volgende bepalingen :

« Het toezicht op deze instellingen wordt uitgeoefend door de Regering overeenkomstig het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied.

De oprichting van een bestuur en de aanneming van de gedane giften worden echter onderworpen aan de goedkeuring van de Regering.

Daartoe worden de aanvragen tot oprichting van een bestuur overgezonden aan de Regering door het representatief orgaan van de eredienst. De beslissingen betreffende de civielrechtelijke handelingen en de aanneming van giften worden toegezonden aan de Regering.

De aanneming van giften waarvan het bedrag 10.000 EUR niet overschrijdt en de civielrechtelijke handelingen, zijn echter onderworpen aan het algemeen toezicht. De lijst van deze beslissingen wordt na afloop van elk trimester toegezonden aan de Regering.

De Regering kan het bedrag vermeld in het voorgaande lid indexeren. »

Afdeling 4. — Begraafplaatsen en lijkbezorging

Toezicht

Art. 26. In de artikelen 2 en 5, § 2, van de wet van 20 juli 1971 op de begraafplaatsen en de lijkbezorging, gewijzigd bij de wet van 20 september 1998, in artikel 18 en in 19, gewijzigd bij de wet van 20 september 1998, wordt het woord « provinciegouverneur » door het woord « Regering » vervangen.

In de artikelen 2, 7 en 12, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 20 september 1998, in artikel 15^{bis}, ingevoegd bij de wet van 28 december 1989 en gewijzigd bij de wet van 20 september 1998, in artikel 24, vervangen bij de wet van 8 februari 2001, alsmede in artikel 28, wordt het woord « Koning » door het woord « Regering » vervangen.

In artikel 16, § 3, van dezelfde wet worden de woorden « door de Minister tot wiens bevoegdheid de volksgezondheid behoort » en « Minister » respectievelijk door de woorden « door de Regering » en « Regering » vervangen.

HOOFDSTUK IV. — *Slotbepalingen*

Vorm van de documenten

Art. 27. De Regering kan de aard van de informatiedrager en de vorm waarin de documenten bedoeld in dit decreet moeten worden ingediend, bepalen.

Jaarlijks verslag

Art. 28. De Regering zendt aan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap een jaarlijks verslag over de uitoefening van het toezicht toe, ten laatste op 31 maart van het jaar volgend op het jaar beoogd door dit verslag.

Het jaarlijks verslag omvat een statistisch overzicht van het toezicht alsmede een uitleg van de rechtspraak, uitgesproken in de loop van het jaar.

Wijzigings- en opheffingsbepalingen

Art. 29. § 1. In artikel 243, lid 1, van de Nieuwe gemeentewet gewijzigd bij het koninklijk besluit van 20 juli 2000 wordt de passus « zijn het advies van de gemeenteraad en van de bestendige deputatie van de provincieraad en de goedkeuring van de Koning vereist » vervangen door « is de goedkeuring van de gemeenteraad vereist » en de passus « wanneer de waarde 2.500 EUR te boven gaat » wordt geschrapt.

§ 2. De artikelen 12, § 2, 24, 28, § 2, 40, 47, § 2, 65, § 2, 68, § 2, 134, § 2, 146, 147, § 2, 153, §§ 2 en 3, 155, § 2, 231, §§ 2 en 3, 235, 237, 240, § 2, 241, § 2, 243, leden 2 à 5, 244, 246, 248, § 3, 249, § 2, 251, 256, § 2, 257, 258, §§ 2 en 3, 261, § 2, 264, 265, 266, 271, § 2, en 287, § 2 van de Nieuwe gemeentewet zijn opgeheven, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Overgangsbepaling

Art. 30. De beslissingen van de ondergeschikte overheden genomen vóór de inwerkingtreding van dit decreet, blijven onderworpen aan de vroeger geldende bepalingen. Vanaf 1 januari 2005 worden echter alle bevoegdheden van de provincie- en gewestoverheden door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap uitgeoefend.

Inwerkingtreding

Art. 31. Voorliggend decreet treedt in werking op 1 januari 2005.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt. Eupen, op 20 december 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Mevr. I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2005 — 735

[C - 2005/27274]

3 MARS 2005. — Arrêté du Gouvernement wallon portant création de la réserve naturelle domaniale dirigée de la « Vieille Fagne de Neuville » à Stavelot

Le Gouvernement wallon,

Vu la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, modifiée par les décrets des 11 avril 1984, 16 juillet 1985, 7 octobre 1985, 7 septembre 1989, 21 avril 1994, 6 avril 1995, 22 janvier 1998 et 6 décembre 2001, notamment les articles 6, 11, 12, 33 et 51;

Vu l'arrêté ministériel du 23 octobre 1975 établissant le règlement relatif à la surveillance, la police et la circulation dans les réserves naturelles domaniales en dehors des chemins ouverts à la circulation publique et notamment son article 2;

Vu l'avis du Conseil supérieur wallon de la Conservation de la Nature, donné le 18 mai 2004;

Vu l'avis de la députation permanente de la province de Liège, donné le 3 septembre 2004;

Considérant la nécessité de prendre les mesures adéquates de préservation et de gestion du site de grande valeur biologique de la « Vieille Fagne de Neuville » à Stavelot;

Sur proposition du Ministre de l'Agriculture et de la Ruralité, de l'Environnement et du Tourisme,

Arrête :

Article 1^{er}. Sont constitués en réserve naturelle domaniale dirigée dite « Vieille Fagne de Neuville » les 5 ha 16 a 20 ca de terrains appartenant à la Région wallonne, figurés en grisé sur la carte ci-jointe et cadastrés comme suit :

commune de Stavelot, division 1 (Stavelot), section B, lieu-dit « Grandes Fanges de Neuville », parcelle 209n.